



prägnant 26

JULI 2024

11 PUNKTE ZUR INDUSTRIEPOLITIK

WAS BEDEUTEN SIE FÜR OSTDEUTSCHLAND UND DEN IG METALL BEZIRK BERLIN-BRANDENBURG-SACHSEN?

Die industrielle Wertschöpfung hat Deutschland über Jahrzehnte stark und erfolgreich gemacht. Jetzt, in der größten Umbruchphase der Industrie, ist Tempo gefordert. Geschwindigkeit und Entschlossenheit sind gefragt. Die IG Metall fordert mit Nachdruck zukunftsweisende Investitionen, unternehmerische Verantwortung und verlässliche politische Rahmenbedingungen für das Industrieland Deutschland. Deshalb hat die IG Metall einen 11 Punkteplan für ein modernes, innovatives und gerechtes Industrieland vorgelegt. Auch Ostdeutschlands Industriebranchen befinden sich in einer umfassenden Transformationsphase. CO₂-Reduzierung (Emissionen senken) in allen Bereichen der industriellen Wertschöpfung ist das Ziel. Gleichzeitig müssen die öffentliche Infrastruktur (Verkehrswege, Energieproduktion, Versorgung und Netze), die Betriebe und Produkte und die teilweise seit Jahrzehnten existierenden Zuliefererstrukturen der deutschen Industrie so umgebaut werden, dass das Ziel der CO₂-Reduzierung überhaupt erreicht werden kann. Und das alles vor dem Hintergrund globaler Krisen, eines sich verschärfenden Fachkräftemangels und knapper öffentlicher Kassen.

Was jetzt getan werden muss, damit Deutschland eine erfolgreiche Industrienation bleibt und der industrielle Aufschwung Ostdeutschlands nicht zum Erliegen kommt.

1. Deutschland muss Industrieland bleiben!

Branchen wie die Stahl-, Automobil- oder Chemieindustrie stellen hochwertige Industrieprodukte her und exportieren diese in alle Welt. Von Grundstoffen bis zum Flugzeug. Alles kann und wird in Deutschland gebaut. Der Erhalt dieser gesamten Wertschöpfungskette muss oberste Priorität haben. Darüber hinaus müssen neue, nachhaltige und wettbewerbsfähige Produkte hier entwickelt und produziert werden, damit Deutschland auch im 21. Jahrhundert der Ausrüster der Welt sein kann. Dies kann mit grünen Industrieprodukten gelingen. Ostdeutschland hat alle Voraussetzungen, mit nachhaltigen, grünen und wettbewerbsfähigen Industrieprodukten erfolgreich zu sein. Die ostdeutsche Chemie- und Stahlindustrie liefert Grundstoffe. Die ostdeutsche Automobilindustrie ist in den Bereichen Elektromobilität und Halbleiterindustrie vorne. Die Politik muss jetzt für den nötigen Schwung sorgen: Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos, vergünstigter Ladestrom, E-Quoten für Firmenfahrzeugflotten, erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse, um die immer größer werdende Fachkräftelücke zu schließen und ein rascher Ausbau der erneuerbaren Energien, damit mit vielen dezentralen Elektrolyseuren vor Ort grüner

Wasserstoff erzeugt werden kann. Die Technologie ist vorhanden. Jetzt brauchen wir Tempo. Die ostdeutsche Chemie- und Stahlindustrie braucht grünen Wasserstoff, der durch Pipelines an die Produktionsstandorte transportiert wird. Die Region zwischen Ostsee und Erzgebirge, die eine wachsende IT- und Halbleiterindustrie in Berlin und Dresden stellt und grünen Stahl sowie modernste batteriebetriebene Elektroautos bauen kann, wird auch in Zukunft erfolgreich sein.

2. Punkt: Bekenntnis der Unternehmen zu den heimischen Standorten

Damit die Zukunft erfolgreich wird, müssen die heimischen Standorte die gegenwärtige Transformationsphase durchlaufen. Das schafft man gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Interessensvertretungen. Angst und Verunsicherung der Beschäftigten durch Androhung von Stellenabbau und Standortschließungen sind Innovationsblockaden. Wenn Standorte von der Landkarte verschwunden sind, kommen sie nicht wieder. Um jeden Standort wird gekämpft. Das gilt in Ost und West.

3. Punkt: Zukunft kostet Geld: Jetzt für morgen investieren

Deutschland braucht massive Investitionen in seine Infrastruktur. Straßen, Schienen, Wasserwege, Netze, Pipelines, Ausbau der erneuerbaren Energien, das Bildungssystem, die Liste ließe sich verlängern. Die IG Metall verlangt 60 Milliarden Euro pro Jahr für die kommenden 10 Jahre an zusätzlichen Investitionen. Stahlwerke brauchen Unterstützung bei der Umstellung vom Hochofen auf die Elektrolichtbogen Route. Aber auch die ostdeutschen Stahlwerke, die bereits größtenteils der Elektrolichtbogen-Route zuzuordnen sind, brauchen bei der Dekarbonisierung Unterstützung. Grüner Wasserstoff, eingesetzt in der Weiterverarbeitung im Stahlwerk, kann fossiles Erdgas substituieren. Die Ansiedlung von Zukunftstechnologien wie Batterie- und Speichertechnik sowie Halbleitern braucht eine Anschubfinanzierung.

Standorte der Stahlerzeugung



prägnant 26

2022 wurden in Deutschland
36,9 Mio. Tonnen Rohstahl erzeugt



Integriertes Hüttenwerk
(Hochofen, Stahl- und Walzwerk)
Stahlproduktion auf Basis von
Eisenerz (Primärstahlproduktion)

Elektrostahlwerk
Stahlproduktion mit Strom
auf Basis von Stahlschrott
(Sekundärstahlproduktion)

Deutschland ist Standort für
technologisch führende, hochwett-
bewerbsfähige Stahlhersteller.

- 1 ArcelorMittal Hamburg
- 2 ArcelorMittal Bremen
- 3 Benteler
- 4 Georgsmarienhütte Holding
- 5 Salzgitter
- 6 Brandenburger Elektrostahlwerk
- 7 Hennigsdorfer Elektrostahlwerk
- 8 ArcelorMittal Eisenhüttenstadt
- 9 thyssenkrupp Steel Europe

- 10 HKM
- 11 ArcelorMittal Duisburg
- 12 Deutsche Edelstahlwerke
- 13 Buderus Edelstahl
- 14 Stahlwerk Thüringen
- 15 ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi
- 16 BGH Edelstahl
- 17 Dillinger Hüttenwerke
- 18 Saarstahl
- 19 adische Stahlwerke
- 20 Lech-Stahlwerke
- 21 Übrige Stahlstandorte

Quelle: Wirtschaftsvereinigung Stahl, Januar 2022

4. Weg frei machen für eine gerechte und den Anforderungen entsprechende Finanzierung

Bei durchschnittlich 89 Prozent liegt die Staatsschuldenquote im Euroraum. Für Deutschland gibt das Bundesfinanzministerium eine Schuldenquote von 63,6 Prozent an. 2010 lag sie bei 82 Prozent. Schulden sind nicht das Problem der deutschen Volkswirtschaft, sondern die Investitionsschwäche. Ein handlungsfähiger Staat muss bei den umfassenden Herausforderungen unserer Zeit handeln können. Die Schuldenbremse war immer ein Fehler, auch wenn dies im Wachstumsjahrzehnt der 2010er Jahre weniger auffiel als heute. Investitionen in den Kapitalstock

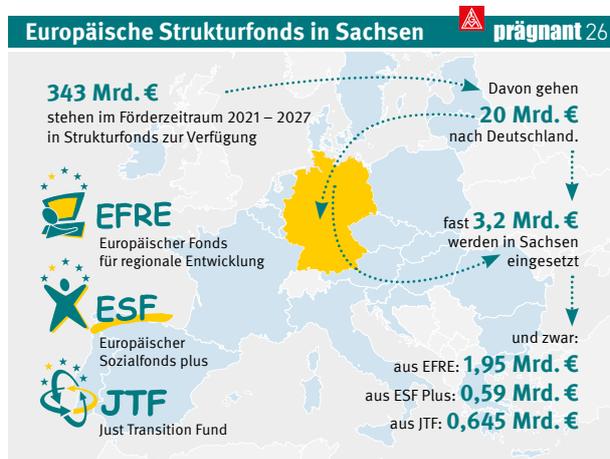
unserer Volkswirtschaft sollten nicht unter die Schuldenbremse fallen. Darüber hinaus soll die Neuverschuldungsgrenze von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 1,5 Prozent angehoben werden. Auch auf der Einnahmenseite muss gehandelt werden. Starke Schultern müssen mehr leisten: ein höherer Spitzensteuersatz, Kapitaleinkommen müssen höher besteuert werden und große Vermögen und große Erbschaften müssen stärker besteuert werden.

5. Öffentliches Geld nur unter Bedingungen

Ohne öffentliche Förderung wird die umfassendste Transformation der Industriegeschichte nicht funktionieren. Zwar ist es in erster Linie unternehmerische Aufgabe, in die Zukunft der eigenen Standorte zu investieren. Dennoch brauchen vor allem kleinere und mittelständische Unternehmen öffentliche Unterstützung. Schlüsseltechnologien müssen gefördert werden. Förderung aus Steuermitteln darf es dennoch nur gegen Standort- und Beschäftigungssicherung, Tarifbindung, Weiterbildung und das Schaffen von Ausbildungsplätzen geben. Der Staat muss seinen eigenen Zielen treu bleiben. Wenn die EU-Vorgabe, 80 Prozent Tarifbindung herstellen zu müssen, erfolgreich umgesetzt werden soll, muss ein öffentliches Förderregime die Auflagen anpassen, damit Geld beiden Zielen dient: der Förderung von Schlüsseltechnologien und der Erhöhung der Tarifbindung und der Schaffung von guter Arbeit. Öffentliches Geld nur für die Guten, das bleibt unser Ziel. Im IG Metall Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen wurde und wird viel Geld für die Ansiedlung von Zukunftstechnologien aufgewendet. Beispielhaft sei die richtige und wichtige Ansiedlung des Taiwanesischen Halbleiterherstellers TSMC in Dresden genannt. Darüber hinaus sind alle ostdeutschen Bundesländer nach wie vor förderfähig.

Zu den Instrumenten, mit denen die Europäische Union Regionen unterstützt, gehören die sogenannten Strukturfonds (EFRE, ESF und JTF). In der laufenden Förderperiode von 2021 bis 2027 stehen bspw. Sachsen fast 3,2 Milliarden Euro zur Verfügung.

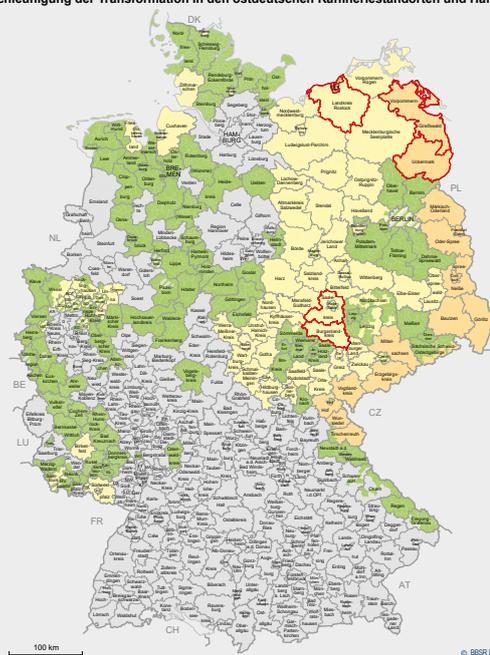
Darüber hinaus sind die ostdeutschen Länder Zielländer der GRW-Förderkulisse. Bund und Länder tragen mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse bei und verfolgen dazu mit der Förderung in den strukturschwachen Regionen wichtige Ziele.



Quelle: www.forschung.sachsen.de/regionale-foerderung

GRW-Fördergebiete 2022 – 2027

GRW-Fördergebiete 2022 – 2027 und Fördergebiete des GRW-Sonderprogramms „Beschleunigung der Transformation in den ostdeutschen Raffineriestandorten und Häfen“



Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ im Zeitraum 2022 – 2027 sowie des GRW-Sonderprogramms „Beschleunigung der Transformation in den ostdeutschen Raffineriestandorten und Häfen“ in gemeinschaftlicher Abgrenzung

- C-Fördergebiet
- C-Fördergebiet mit Grenzüberschlag gem. Rn. 184 Regionalbeihilfeleitlinien
- D-Fördergebiet
- teilweise C-Fördergebiet, teilweise D-Fördergebiet
- teilweise C-Fördergebiet mit Grenzüberschlag gem. Rn. 184 Regionalbeihilfeleitlinien, teilweise D-Fördergebiet
- teilweise C-Fördergebiet, teilweise D-Fördergebiet, teilweise kein Fördergebiet
- teilweise D-Fördergebiet, teilweise kein Fördergebiet
- zugleich Fördergebiet des GRW-Sonderprogramms (Die Stadt Halle/Saale zählt nicht zum Fördergebiet des Sonderprogramms)
- kein Fördergebiet

Datenbasis: Referenz des BMWK vom 11.01.2022
Geometrische Grundlage: Gemeindeflächennennungsplan
31.12.2020 © GeoBasis-DE/BfL
Stadtplanung, G. Lückhann

Quelle: www.bmwk.de

Die DGB-Kampagne zur Landtagswahl 2024 in Brandenburg rückt die Tarifwende (Ziel 80 Prozent Tarifbindung) in den Mittelpunkt.



DGB-Kampagnenlogo zur Brandenburger Landtagswahl 2024

6. Die Mobilitätswende endlich massiv beschleunigen

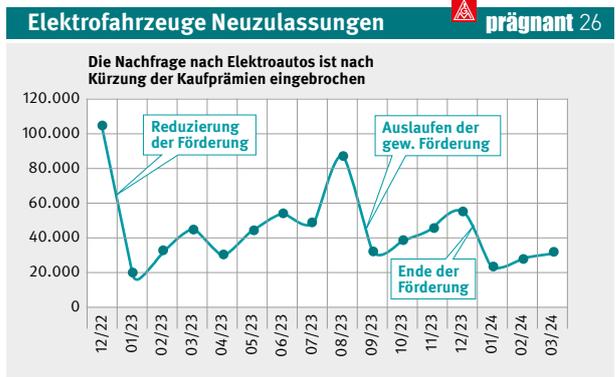
Speed matters. Das ist die zentrale Botschaft des IG Metall-Mobilitätskonzeptes zur Verkehrswende. Wir wollen ein Land der modernen Mobilitäts-Produkte und Konzepte sein. Berlin-Brandenburg und Sachsen sind Autoländer. Zahlreiche OEM's (Endhersteller) und Zulieferer und industrielle Dienstleister bilden das Rückgrat der ostdeutschen Automobilwirtschaft.



Der Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen hat sich zu einem Hotspot der Elektromobilität entwickelt. Der Umbau des Volkswagen-Werkes in Zwickau vom Verbrenner zum reinen Werk für batteriebetriebene Elektroautos, die Ansiedlung und der Ausbau der Halbleiterindustrie in und um Dresden, neue Bereiche wie die Batterietechnologie und Speichertechnologie, die sich hier im Bezirk niedergelassen haben oder kommen werden, zeigen den Wandel. Gegenwärtig wird mit dem Verbrenner noch Geld verdient, welches für die Transformation auch benötigt wird.

Damit der Vorsprung Ost in der Elektromobilität nicht ins Gegenteil umschlägt, braucht es jetzt u.a. eine Senkung der Steuern auf Ladestrom, Kaufanreize für Elektroautos (hier sind die Abschreibungsanreize für Elektroautos, die die Ampel-Koalition in ihrem Haushaltskompromiss beschlossen hat, ein erster richtiger Schritt) und weitere Maßnahmen zur Stärkung der Nachfrage nach E-Autos. Klar ist: Es gilt, Kurs zu halten.

Der Wegfall der Kaufprämien war ein großer Fehler und hat bei vielen Kundinnen und Kunden zur Kaufzurückhaltung beigetragen.

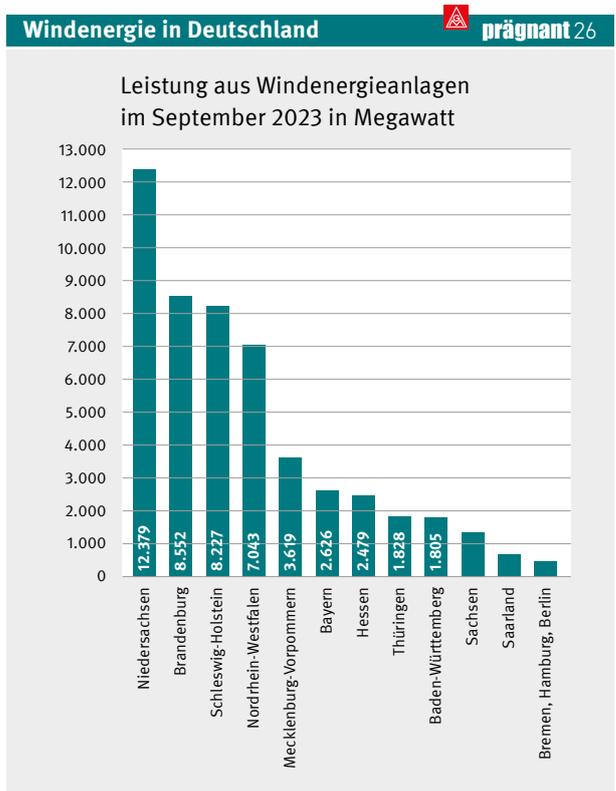


Quelle: KBA, 01.2024

Damit die ostdeutschen Autowerke und ihre Belegschaften weiterhin hochwertige Automobile mit batteriebetriebenen und Verbrennungs-Motoren bauen können, braucht es neben erschwinglichen E Modellen für Durchschnittsverdiener auch weitere Kaufanreize der öffentlichen Hand.

7. Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigen

Brandenburg ist eines der Vorreiter-Bundesländer beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, obwohl mit der Lausitz eine klassische, auf fossilen Energieträgern basierende Energieregion das Land prägt. Ein Blick auf die Anzahl der Windräder verdeutlicht den Vorsprung bei den Erneuerbaren:



Quelle: BNetzA

Die Zukunft einer erfolgreichen Industrie hängt wesentlich von der Versorgung mit günstiger und damit wettbewerbsfähiger Energie ab. Der Ausbau der Erneuerbaren kann den Bundesländern Standortvorteile sichern, wenn die vor Ort-Nutzung des erzeugten Stroms vollumfänglich möglich wird. Darüber hinaus muss endlich ein Brückenstrompreis für die energieintensiven Industrie kommen.

Unser Motto für die Regionen bleibt:



8. Fachkräftegewinnung

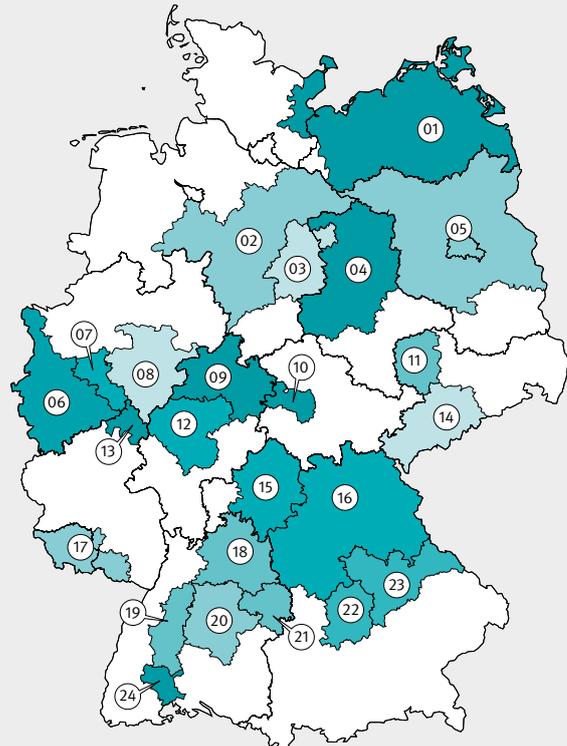
Sachsen hat eine demografische Entwicklung, die sich in den nächsten Jahren noch verschärfen wird. In den kommenden Jahren werden überdurchschnittlich viele Beschäftigte aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand gehen. Bis zum Jahr 2030 werden dem sächsischen Arbeitsmarkt somit mehr als 300.000 erwerbsfähige Menschen weniger zur Verfügung stehen als noch 2014. Die IG Metall hat sich deshalb aktiv in die Entwicklung der „Fachkräftestrategie 2030 für den Freistaat Sachsen“ gemeinsam mit allen zentralen Arbeitsmarktakteuren eingebracht. Klar ist: Ohne Zuwanderung wird die Fachkräftelücke nicht zu schließen sein. Die beste Werbung für Sachsen wären eine höhere Tarifbindung, endlich 5 Tage Bildungsurlaub auch in Sachsen, ein weltoffenes, gesellschaftliches Klima und ausreichend bezahlbarer Wohnraum in den Großstädten, um nur einige Herausforderungen einer neuen Landeregierung zu nennen.

9. Zukunftsfähige Regionen

Die Menschen leben und arbeiten in den Regionen. Hier ziehen sie ihre Kinder groß, hier sind sie in Vereinen und anderen Organisation sozial verwurzelt. Die Menschen wollen nicht der Arbeit hinterher ziehen. Deshalb kommt den Regionen in der Transformation der Industrie eine entscheidende Rolle zu.

Wir haben in den bedeutendsten Automobilregionen unseres Bezirks vor knapp drei Jahren Transformationsnetzwerke aufgesetzt, die sich im Sommer 2022 auf den Weg gemacht haben, den Wandel in der Fahrzeugindustrie mitzugestalten und zu unterstützen. Die Netzwerke haben die Debatte zu Transformation in die Breite getragen und angestoßen. Sie haben es geschafft, wichtige AkteurInnen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenzubringen und einen Prozess zu starten. Dieser Prozess ist aber im Sommer 2025 nicht abgeschlossen, wenn die erste Förderperiode ausläuft: Wir müssen weiter machen. Wir müssen von der Strategieebene im nächsten Schritt noch intensiver auf die betriebliche Ebene gehen, um konkrete Lösungen für die anstehenden Herausforderungen gemeinsam zu entwickeln.

Transformationsnetzwerke



- | | |
|--------------------------------|--|
| 01 Mecklenburg-Vorpommern | 13 Altenkirchen/Westerwald |
| 02 Hannover-Hildesheim | 14 Automobilregion Südwest-Sachsen |
| 03 Südost-Niedersachsen | 15 Regiopol-Region Mainfranken |
| 04 Magdeburg-Anhalt-Börde-Harz | 16 Europäische Metropolregion Nürnberg |
| 05 Berlin-Brandenburg | 17 Saarland |
| 06 Aachen-Bonn-Köln-Region | 18 Heilbronn-Franken |
| 07 Bergisches Land | 19 Nord-Schwarzwald |
| 08 Süd-Westfalen | 20 Stuttgart-Neckar-Alp |
| 09 Kassel | 21 Ost-Württemberg |
| 10 Thüringen | 22 Ingolstadt |
| 11 Metropolregion Leipzig | 23 Modellregion Regensburg |
| 12 Mittelhessen | 24 Südwest Baden-Württemberg |

Quelle: IG Metall, FB Industrie-, Struktur- und Energiepolitik

10. Weniger Bürokratie

Manches dauert in Deutschland zu lange: Das Genehmigungsverfahren eines Windrades und auch die daran anschließende Realisierungsphase erfordern jeweils durchschnittlich zwei Jahre – und dauern damit fast doppelt so lange wie noch vor dem Jahr 2018 üblich war. Und einer Analyse der Fachagentur Windenergie an Land (FA Wind) zufolge erhält gerade einmal jedes vierte Windkraftprojekt in Deutschland eine Genehmigung innerhalb von zwölf Monaten.

Auch beim Ausbau der Schiene dauert es: Zwischen Cottbus und Lübbenau wird ein zweites Bahngleis gebaut. Das ist Voraussetzung für eine bessere Verbindung zwischen der Hauptstadt und der Lausitz. Ab 2027 sollen Züge zwischen Berlin und Cottbus im 30-Minuten-Takt fahren. Bedenkt man, dass dies ein zentrales Vorhaben der Kohlekommission war, die 2018 zum Ausstieg aus der Braunkohle eingesetzt wurde, verdeutlicht auch dieses Beispiel, dass von der Planung bis zur Umsetzung mindestens 10 Jahre vergehen. Das ist zu lang.

Die IG Metall setzt sich in diesen Bereichen für schnellere Genehmigungsverfahren ein. Dazu gehört aber auch, dass der massive Stellenabbau im öffentlichen Dienst seine destruktive Wirkung zeigt. Weniger Planer und Entscheider in den Ämtern tragen auch zu den langen Verfahren bei. Das sind die wirklichen Probleme, die wir unter Bürokratieabbau verstehen und nicht das Lieferkettengesetz oder die Regelungen zur Arbeitszeit.

11. Sozialstaat ist Produktivkraft

Der Sozialstaat kostet nicht nur Geld, er entfaltet auch unglaubliche Produktivkräfte. Besonders in wirtschaftlich angespannten Phasen wirken der Sozialstaat und die sozialen Sicherungssysteme, wie ÖkonomInnen es bezeichnen, als automatische Stabilisatoren. Arbeitslosengeld, Rentenzahlungen, Bürgergeld usw. sichern auch Kaufkraft. Wenn die BürgerInnen sicher sind, dass sie auch in persönlichen Krisenzeiten wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit auf ein ökonomisches Auskommen dank der sozialen Sicherungssysteme vertrauen können, konsumieren sie auch in Krisenzeiten weiter und stabilisieren damit die Binnenkonjunktur. Auch deshalb lehnen wir alle Beschneidungen des Sozialstaates ab. Wir akzeptieren nicht, dass die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren abgeschafft wird. Ein Moratorium für neue Sozialleistungen lehnen wir ebenfalls ab.

**Wir machen mit den 11 Punkten
zur Industriepolitik Zukunft für dieses Land.
Wir stehen für ein modernes, innovatives
und gerechtes Industrieland!**